

No. 33467

---

**GERMANY  
and  
CZECH REPUBLIC**

**Treaty concerning the facilitation of frontier control operations for rail, road and shipping traffic. Signed at Fnrt im Wald on 19 May 1995**

*Authentic texts: German and Czech.*

*Registered by Germany on 17 December 1996.*

---

**ALLEMAGNE  
et  
RÉPUBLIQUE TCHÈQUE**

**Traité visant à faciliter les opérations de contrôle frontalier du trafic ferroviaire, routier et maritime. Signé à Furth im Wald le 19 mai 1995**

*Textes authentiques : allemand et tchèque.*

*Enregistré par l'Allemagne le 17 décembre 1996.*

**[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]****VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
UND DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK ÜBER ERLEICH-  
TERUNGEN DER GRENZABFERTIGUNG IM EISENBAHN-,  
STRASSEN- UND SCHIFFSVERKEHR**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Tschechische Republik —

in der Absicht, die Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zwischen beiden Staaten zu erleichtern —

sind wie folgt übereingekommen:

**Abschnitt I  
Allgemeine Bestimmungen****Artikel 1**

(1) Die Vertragsparteien treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zwischen beiden Staaten zu erleichtern und zu beschleunigen.

(2) Grenzdienststellen der einen Vertragspartei oder Bedienstete solcher Stellen können nach Maßgabe des Absatzes 3 die Grenzabfertigung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vornehmen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien bestimmen durch Vereinbarung, in welchen Fällen, in welchem Umfang und in welcher Zone die Grenzabfertigung der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vorgenommen wird. Sie können die Grenzabfertigung während der Fahrt im Zuge und auf Schiffen auf bestimmten Strecken sowie die Errichtung vorgeschober Grenzdienststellen der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vereinbaren.

(4) Die Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, in Ausnahmefällen kurzfristig und vorübergehend die Kontrolle vom Gebietsstaat auf das eigene Hoheitsgebiet zurückzuverlagern. Der Gebietsstaat wird über eine solche Verlagerung möglichst vorher unterrichtet.

## Artikel 2

Im Sinne dieses Vertrags bezeichnen die Begriffe

- a) „Grenzabfertigung“ die Durchführung aller Vorschriften der Vertragsparteien, die aus Anlaß des Grenzübereintritts von Personen und der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, einschließlich der Transportmittel, oder von Werten, die den Devisenbestimmungen unterliegen, anzuwenden sind;
- b) „Gebietsstaat“ den Staat, auf dessen Hoheitsgebiet die andere Vertragspartei vorgeschoßene Grenzdienststellen errichtet oder sonst die Grenzabfertigung von ihren Bediensteten vornehmen läßt;
- c) „Nachbarstaat“ die andere Vertragspartei;
- d) „Bedienstete“ die Personen, die als Angehörige der für die Grenzabfertigung zuständigen Behörden ihren Dienst bei den vorgeschoßenen Grenzdienststellen oder in Verkehrsmitteln während der Fahrt ausüben, sowie die mit der Dienstaufsicht beauftragten Personen;
- e) „Zone“ den Bereich des Gebietsstaats, in dem die Bediensteten des Nachbarstaats berechtigt sind, die Grenzabfertigung vorzunehmen.

## Artikel 3

(1) Für die Grenzabfertigung durch Bedienstete des Nachbarstaats finden im Gebietsstaat die Vorschriften des Nachbarstaats nach Maßgabe dieses Vertrags Anwendung. Im übrigen gilt das Recht des Gebietsstaats.

(2) Die in der gemäß Artikel 1 Absatz 3 bestimmten Zone von den Bediensteten des Nachbarstaats durchgeföhrten Amtshandlungen gelten als in der Gemeinde des Nachbarstaats durchgeföhrte, in deren Gebiet sich der zugehörige Grenzübergang befindet.

(3) Wird in der Zone gegen die in Artikel 2 Buchstabe a genannten Vorschriften des Nachbarstaats verstoßen, so gelten diese Zuiderhandlungen als in der im Absatz 2 genannten Gemeinde begangen.

## Artikel 4

(1) Die Grenzabfertigung des Ausgangsstaats wird vor der Grenzabfertigung des Eingangsstaats durchgeföhr, sofern nicht Artikel 5 Anwendung findet.

(2) Nach Beginn der Grenzabfertigung durch Bedienstete des Ausgangsstaats dürfen die Bediensteten des Eingangsstaats mit der Grenzabfertigung der von den Bediensteten des Ausgangsstaats bereits abgefertigten Personen und Waren einschließlich sonstiger Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, beginnen. Dies gilt auch, wenn der Ausgangsstaat auf die Grenzabfertigung verzichtet hat.

(3) Nach Beginn der Grenzabfertigung durch Bedienstete des Eingangsstaats gemäß Absatz 2 dürfen die Bediensteten des Ausgangsstaats Grenzabfertigungshandlungen nicht mehr vornehmen. Wenn sich jedoch nach Beginn der Eingangsabfertigung der Verdacht einer strafbaren Handlung ergibt oder wenn nachträglich bekannt wird, daß sich eine Person, nach der zur Festnahme gefahndet wird oder die in Gewahrsam zu nehmen ist, in der Zane befindet, sind die Bediensteten des Ausgangsstaats mit Einverständnis der Bediensteten des Eingangsstaats berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen nachzuholen oder wieder aufzunehmen.

#### Artikel 5

Die Bediensteten der Vertragsparteien dürfen im gegenseitigen Einvernehmen von der im Artikel 4 Absatz 1 vorgesehenen Reihenfolge abweichen, wenn es im Interesse einer raschen Grenzabfertigung geboten ist. In diesen Ausnahmefällen dürfen die Bediensteten des Eingangsstaats Festnahmen oder Ingewahrsamnahmen von Personen oder Beschlagnahmen von Waren erst nach Beendigung der Grenzabfertigung durch die Bediensteten des Ausgangsstaats vornehmen. Sie führen, wenn sie eine solche Maßnahme treffen wollen, diese Personen und Waren einschließlich sonstiger Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, den Bediensteten des Ausgangsstaats zu, wenn die Grenzabfertigung durch die Bediensteten des Ausgangsstaats hinsichtlich dieser Personen und Waren noch nicht beendet ist. Wollen die Bediensteten des Ausgangsstaats ihrerseits Festnahmen, Ingewahrsamnahmen oder Beschlagnahmen vornehmen, so gebührt ihnen der Vorrang. Die Bestimmungen des Artikels 7 bleiben unberührt.

#### Artikel 6

Die Bediensteten des Nachbarstaats dürfen, soweit dieser Vertrag nicht etwas anderes bestimmt, alle Vorschriften ihres Staats über die Grenzabfertigung, einschließlich der Regelungen über entsprechende Befugnisse, im Gebietsstaat in gleicher Weise, in gleichem Umfang und mit gleichen Folgen wie im eigenen Staat anwenden.

### Artikel 7

(1) Zu den in Artikel 6 erwähnten Befugnissen gehört auch das Recht der Festnahme, Ingewahrsamnahme, Zurückweisung und das Recht zur Verbringung in den Nachbarstaat. Die Bediensteten des Nachbarstaats sind jedoch nicht befugt, Angehörige des Gebietsstaats auf dessen Hoheitsgebiet festzunehmen, in Gewahrsam zu nehmen, in Haft zu halten oder in den Nachbarstaat zu verbringen. Sie dürfen aber diese Personen der eigenen vorgeschiedenen Grenzdienststelle oder, wenn eine solche nicht besteht, der Grenzdienststelle des Gebietsstaats zur schriftlichen Aufnahme des Sachverhalts zwangsweise vorführen.

(2) Bei Maßnahmen nach Absatz 1 ist unverzüglich ein Bediensteter des Gebietsstaats einzuziehen.

(3) Das Asylrecht des Gebietsstaats bleibt unberührt.

### Artikel 8

(1) Auf den für den grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehr bestimmten Wegen, die vom Hoheitsgebiet des Nachbarstaats zu seinen in den Gebietsstaat vorgeschiedenen Grenzdienststellen führen, gelten die Vorschriften über die Grenzabfertigung beider Staaten mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen des Ausgangsstaats vor denen des Eingangsstaats anzuwenden sind.

(2) Die Einhaltung der Vorschriften beider Staaten ist durch die zuständigen Grenzdienststellen des Gebietsstaats zu überwachen. Im Fall einer Verletzung dieser Vorschriften sind festgenommene oder in Gewahrsam genommene Personen und beschlagnommene Waren sowie Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, zunächst den Grenzdienststellen des Ausgangsstaats zur Durchführung der Grenzabfertigung zu übergeben. Die Bestimmungen des Artikels 7 bleiben unberührt.

### Artikel 9

Personen, denen der Grenzübertritt von den Bediensteten des Eingangsstaats nicht gestattet wird, darf die Rückkehr in den Ausgangsstaat nicht verwehrt werden. Erforderlichenfalls sind sie von den Bediensteten des Ausgangsstaats zwangsweise zurückzubefördern.

### Artikel 10

(1) Die zuständigen Grenzdienststellen der Vertragsparteien unterstützen sich bei der Grenzabfertigung nach diesem Vertrag

gegenseitig. Sie tauschen auch personenbezogene Daten aus, wenn deren Übermittlung für die Durchführung der Grenzabfertigung erforderlich ist.

(2) Soweit aufgrund dieses Vertrags nach Maßgabe des nationalen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

- a) Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Vertragspartei vorgeschriebenen Bedingungen zulässig;
- b) der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse;
- c) personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Grenzaufstellen sowie
  - in der Bundesrepublik Deutschland an die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte in Strafsachen,
  - in der Tschechischen Republik an die im Strafverfahren tätigen Behörden

übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen:

- c) die übermittelnde Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen nationalen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen;
- e) dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftsenteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem nationalen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird:  
die übermittelnde Vertragspartei weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem Recht geltenden Loschnungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten

personenbezogenen Daten zu löschen, sobald der Grund für ihre Übermittlung entfällt:

- g) die Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen;
- h) die Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(3) Wird jemand infolge der Übermittlung von Daten nach diesem Vertrag durch eine rechtswidrige Handlung geschädigt, so haftet ihm hierfür die empfangende Vertragspartei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Vertragspartei verursacht worden ist.

## Abschnitt II

### Rechtsstellung der Bediensteten des Nachbarstaats

#### Artikel 11

Die Bediensteten des Nachbarstaats dürfen sich aufgrund eines mit Lichtbild versehenen Dienstausweises zu der Grenzdienststelle begeben, bei der sie ihre dienstliche Tätigkeit im Gebietsstaat durchzuführen haben.

#### Artikel 12

Die Bediensteten des Nachbarstaats, die aufgrund dieses Vertrags ihren Dienst im Gebietsstaat ausüben, können bei Ausübung des Dienstes ihre Dienstkleidung und ihre Dienstwaffe tragen sowie Diensthunde mitführen. Von der Waffe dürfen sie im Gebietsstaat nur im Fall der Notwehr Gebrauch machen.

#### Artikel 13

(1) Die strafrechtlichen Bestimmungen des Gebietsstaats zum Schutz seiner Bediensteten gelten auch für strafbare Handlungen gegen die Bediensteten des Nachbarstaats in Ausübung des Dienstes im Gebietsstaat oder in Zusammenhang mit diesem Dienst.

(2) Von strafbaren Handlungen, die von den Bediensteten des Nachbarstaats im Gebietsstaat begangen werden, ist die vorgesetzte Dienststelle dieser Bediensteten durch die entsprechende Dienststelle des Gebietsstaats unverzüglich zu benachrichtigen.

#### Artikel 14

(1) Ansprüche auf Ersatz von Schaden, die Bedienstete des Nachbarstaats in Ausübung ihres Dienstes oder im Zusammenhang mit diesem Dienst im Gebietsstaat verursachen, unterstehen dem Recht des Nachbarstaats und sind vor dessen Gerichten geltend zu machen. Die Angehörigen des Gebietsstaats sind hinsichtlich solcher Ansprüche den Angehörigen des Nachbarstaats gleichgestellt.

(2) Wird ein Bediensteter des Nachbarstaats im Gebietsstaat während der Ausübung seines Dienstes oder im Zusammenhang mit diesem Dienst getötet oder verletzt oder wird eine Sache, die er mit sich führt oder an sich trägt, beschädigt oder vernichtet, so sind die Ansprüche auf Ersatz dieser Schäden nach dem Recht des Nachbarstaats zu beurteilen.

(3) Zur Entscheidung über Schadensersatzansprüche nach Absatz 2 sind die Gerichte jener Vertragspartei zuständig, auf deren Hoheitsgebiet das den Schaden verursachende Verhalten gesetzt worden ist oder in dem der Schädiger seinen ständigen Wohnsitz hat. Zuständig ist auch das Gericht, in dessen Bezirk der Kläger seinen ständigen Wohnsitz hat.

#### Artikel 15

(1) Alle zum dienstlichen Gebrauch bestimmten Gegenstände, welche die im Gebietsstaat tätigen Bediensteten des Nachbarstaats ein- oder ausführen, bleiben frei von Zöllen und sonstigen Abgaben.

(2) Frei von Zöllen und sonstigen Abgaben bleiben auch die Gegenstände des persönlichen Bedarfs einschließlich der Lebensmittel, welche die Bediensteten auf dem Wege zum und vom Dienst mit sich führen und während ihres dienstlichen Aufenthalts im Gebietsstaat benötigen.

(3) Dienstfahrzeuge und eigene Fahrzeuge, mit denen Bedienstete des Nachbarstaats zur Ausübung ihres Dienstes in den Gebietsstaat fahren und in den Nachbarstaat zurückkehren, bleiben unter entsprechenden Kontrollmaßnahmen frei von Zöllen und sonstigen Abgaben. Die Leistung einer Sicherheit entfällt.

(4) Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen finden auf die in den Absätzen 1 bis 3 angeführten Gegenstände und Fahrzeuge keine Anwendung.

#### Artikel 16

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaats, die aufgrund dieses Vertrags regelmäßig im Gebietsstaat beschäftigt werden, sind den entsprechenden Grenzdienststellen des Gebietsstaats vor Entsendung schriftlich unter Angabe der Geburtsdaten und der Amtsbezeichnung zu benennen.

(2) Jede Vertragspartei wird ihre Bediensteten auf Verlangen der anderen Vertragspartei von der Verwendung in deren Hoheitsgebiet ausschließen oder abberufen.

#### Abschnitt III

##### **Rechtsstellung der in den Gebietsstaat vorgeschobenen Grenzdienststellen des Nachbarstaats**

#### Artikel 17

(1) Die Vertragsparteien werden ihren vorgeschobenen Grenzdienststellen alle zur Grenzaufklärung notwendigen Befugnisse erteilen; die Abfertigungsoefnungen für den Warenverkehr richten sich nach den Verkehrsbedürfnissen.

(2) Die Aufklärungsoefnungen und die Öffnungszeiten der beiderseitigen Grenzdienststellen sind möglichst übereinstimmend festzusetzen.

#### Artikel 18

Die für die Grenzdienststellen des Nachbarstaats bestimmten Räume sind durch Amtsschilder und Hoheitszeichen kenntlich zu machen. Die Dienstraume des Nachbarstaats sind mit Aufschriften in deutscher und tschechischer Sprache zu versehen.

#### Artikel 19

Die vorgeschobenen Grenzdienststellen haben innerhalb der ihnen zum Alleingebrauch zugewiesenen Räumlichkeiten das Recht, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Personen, die gegen die Ordnung verstößen, zu entfernen. Dabei leisten die zuständigen Dienststellen und Bediensteten des Gebietsstaats auf Ersuchen Beistand.

### Artikel 20

Die zum dienstlichen Gebrauch der vorgeschobenen Grenzdienststellen bestimmten Gegenstände bleiben im Ein- und Wiederausgang frei von Zöllen und sonstigen Abgaben. Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen finden auf diese Gegenstände keine Anwendung.

### Artikel 21

(1) Dienstbriefe und Dienstpakete sowie dienstliche Geld- und Wertsendungen, die für vorgeschoene Grenzdienststellen bestimmt sind oder von diesen in den Nachbarstaat gesandt werden, dürfen durch Bedienstete des Nachbarstaats ohne Vermittlung der Postverwaltung und frei von Postgebühren befördert werden.

(2) Diese Sendungen unterliegen der Grenzkontrolle des Gebietsstaats nur bei Verdacht einer strafbaren Handlung. Bei dieser Kontrolle sind Bedienstete des Nachbarstaats hinzuzuziehen.

(3) Die Sendungen sollen zur Vermeidung von Mißbräuchen mit dem Dienststempel der absendenden Dienststelle versehen sein.

### Artikel 22

Die von den Bediensteten des Nachbarstaats im Gebietsstaat bei der Grenzaufreitung amtlich eingenommenen oder dorthin amtlich mitgeführten Gelobeträge und die von ihnen beschlagnahmten oder eingezogenen Waren einschließlich sonstiger Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, dürfen in den Nachbarstaat verbracht werden.

### Artikel 23

(1) Der Gebietsstaat bewilligt gebührenfrei die Errichtung und den Betrieb der ausschließlich für die Tätigkeit der vorgeschobenen Grenzdienststellen und für die Grenzaufreitung in Verkehrsmitteln während der Fahrt erforderlichen Fernmeldeanlagen, einschließlich elektronischer Datenverarbeitungsanlagen, sowie deren Verbindung mit den entsprechenden Anlagen des Nachbarstaats. Etwaige Kosten für die Errichtung der Anlagen oder den Mietzins für ihre Benutzung trägt der Nachbarstaat. Der Betrieb dieser Anlagen gilt als interner Verkehr des Nachbarstaats.

(2) Mit Ausnahme der in Absatz 1 genannten Fälle bleiben die Vorschriften beider Vertragsparteien über die Errichtung, Instandhaltung und den Betrieb von Fernmeldeanlagen einschließlich elektronischer Datenverarbeitungsanlagen unberührt.

(3) Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien stimmen die gemäß Absatz 1 erforderlichen Maßnahmen miteinander ab.

#### Artikel 24

(1) Gewerbetreibende des Nachbarstaats sowie ihr Personal dürfen bei den vorgeschriebenen Grenzdienststellen alle die Grenzabfertigung betreffenden Dienstleistungen erbringen, die sie im Nachbarstaat auszuüben berechtigt sind. Die Gewährung dieser Dienstleistungen richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Nachbarstaats.

(2) Die in Absatz 1 genannten Gewerbetreibenden und ihr Personal sind vom Erfordernis einer zusätzlichen Gewerbe- und Arbeitserlaubnis des Gebietsstaats befreit.

(3) Die organisatorisch-technischen Bedingungen für die Gewährung der Dienstleistungen durch die Gewerbetreibenden im Gebietsstaat können die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse in den Vereinbarungen über die Durchführung der Grenzabfertigung einer Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei regeln.

(4) Die zuständigen Behörden des Gebietsstaats entscheiden in Abstimmung mit den zuständigen Behörden des Nachbarstaats, in welchen Fällen und in welchem Umfang diesen Gewerbetreibenden Büroräume oder Grundstücke zur Errichtung von Bürogebäuden bei den einzelnen Grenzdienststellen gegen Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

#### Abschnitt IV

##### Bereitstellung von Diensträumen und Unterkünften

#### Artikel 25

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen

- a) die für die Grenzdienststellen des Nachbarstaats benötigten Diensträume und Anlagen;
- b) die für deren Errichtung zu entrichtenden anteiligen Baukosten oder gegebenenfalls den Mietzins sowie die Vergütungen für Betriebskosten, wie zum Beispiel für Beleuchtung, Heizung, Reinigung.

(2) Die Eisenbahnen des Gebietsstaats sind verpflichtet, einem Ersuchen des Nachbarstaats um Bereitstellung von Dienstraumen und Unterkünften und um Gewährung sonstiger Leistungen für die Bediensteten der Grenzstellen des Nachbarstaats gegen eine zu vereinbarende Vergütung nachzukommen.

(3) Die Eisenbahnen und die Schifffahrtsunternehmen haben die Bediensteten, die die Grenzaufstellung während der Fahrt durchzuführen haben, unentgegnet zu befördern und ihnen die erforderlichen Zugabteile oder Schiffskabinen unentgegnet zur Verfügung zu stellen.

#### Abschnitt V Schlußbestimmungen

##### Artikel 26

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien beigelegt. Sollte es den zuständigen Behörden nicht gelingen, diese Meinungsverschiedenheit beizulegen, ist, soweit möglich, eine Regelung durch die Vertragsparteien herbeizuführen.

##### Artikel 27

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können im Rahmen dieses Vertrags die zu seiner Durchführung erforderlichen organisatorischen Maßnahmen unmittelbar abstimmen.

##### Artikel 28

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Prag ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann jederzeit schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird zwölf Monate nach dem Tag wirksam, an dem sie der anderen Vertragspartei auf diplomatischem Wege zugegangen ist.

Geschrieben zu Furth i. Wald am 19. Mai 1995 in zwei Urkunden, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik  
Deutschland:  
**THEO WAIGEL**  
**HARTMUT HILLGENBERG**

Für die Tschechische  
Republik:  
**JAN RUML**

---

## [CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

**SMLOUVA MEZI SPOLKOVOU REPUBLIKOU NĚMECKO A ČESKOU REPUBLIKOU O ULEHČENÍ POHRANIČNÍHO ODBAVOVÁNÍ V ŽELEZNIČNÍ, SILNIČNÍ A VODNÍ DOPRAVĚ**

Spolková republika Německo

a

Česká republika

vedeny úmyslem ulehčit pohraniční odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě mezi oběma státy.

se dohodly takto:

**Část 1**

**Obecná ustanovení**

**Článek 1**

(1) Smluvní strany učiní všechna potřebná opatření pro ulehčení a urychlení pohraničního odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě mezi oběma státy.

(2) Pohraniční odbavovací stanoviště jedné smluvní strany nebo pracovníci takových míst mohou provádět pohraniční odbavování na výsostném území druhé smluvní strany podle odstavce 3.

(3) Příslušné orgány smluvních stran stanoví ujednáním, ve kterých případech, v jakém rozsahu a prostoru bude prováděno pohraniční odbavování jedné smluvní strany na výsostném území druhé smluvní strany. Mohou se dohodnout na pohraničním odbavování během jízdy ve vlaku a na lodích na stanovených trasách, jakož i na zřízení předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť jedné smluvní strany na výsostném území druhé smluvní strany.

(4) Smluvní strany si vyhrazují právo krátkodobě a prechodně přesunout ve výjimečných případech kontrolu z územního státu zoéti na vlastní výsostné území. Území stát bude o takovémto přesunutí, jak je jen možno předem, informován.

## Článek 2

Ve smyslu této smlouvy se rozumí:

- a) „pohraničním odbavováním“ provádění všech předpisů smluvních stran, které je třeba uplatňovat při překračování státních hranic osobami a při dovozu, vývozu a tranzitu zboží, včetně dopravních prostředků nebo hodnot, které podléhají devizovým předpisům;
- b) „územním státem“ stát, na jehož výsostném území zřídí druhá smluvní strana předsunutá pohraniční odbavovací stanoviště nebo jinak umožní provádět pohraniční odbavování svými pracovníky;
- c) „sousedním státem“ druhá smluvní strana;
- d) „pracovníky“ osoby, které jako pracovníci orgánů příslušných pro pohraniční odbavování vykonávají službu na předsunutých pohraničních odbavovacích stanovištích nebo v dopravních prostředcích během jízdy, jakož i osoby pověřené služebním dozorem;
- e) „prostorem“ oblast územního státu, v níž jsou pracovníci sousedního státu oprávněni provádět pohraniční odbavování.

## Článek 3

(1) Pro pohraniční odbavování pracovníky sousedního státu se v územním státě uplatňují předpisy sousedního státu podle této smlouvy. V ostatním platí právo územního státu.

(2) Uřední úkony prováděné pracovníky sousedního státu v prostoru stanoveném podle článku 1 odst. 3 se považují za úkony provedené obcí sousedního státu, na jejímž území se příslušný hraniční přechod nachází.

(3) Dojde-li v tomto prostoru k porušením předpisů sousedního státu, uvedených v článku 2 písm. a), považují se za porušení spachaná v obci uvedené v odstavci 2.

## Článek 4

(1) Pohraniční odbavování výstupního státu se provádí před pohraničním odbavováním vstupního státu, pokud se nepoužije článku 5.

(2) Po zahájení pohraničního odbavování pracovníky výstupního státu mohou pracovníci vstupního státu zahájit pohraniční odbavování osob a zboží včetně ostatních hodnot podléhajících devizovým předpisům, které již byly pracovníky výstupního státu

odbaveny. Toto platí i v případě, pokud výstupní stát od pohraničního odbavování upustil.

(3) Po zahájení pohraničního odbavování pracovníky vstupního státu podle odstavce 2 již nesmějí pracovníci výstupního státu provádět úkony pohraničního odbavování. Jestliže však vznikne po zanajení vstupního odbavování podezření z trestného jednání nebo se dodatečně zjistí, že osoba, o které je vyhlášeno pátrání v prostoru, jsou pracovníci výstupního státu se souhlasem pracovníků vstupního státu oprávněni úkony pohraničního odbavování dodatečně provést či opětovně zahájit.

### Článek 5

Pracovníci smluvních stran se po vzájemné dohodě mohou odchýlit od pořadí stanoveného v článku 4 odst. 1, pokud je to v zájmu rychlého pohraničního odbavení. V těchto výjimečných případech mohou pracovníci vstupního státu provést zadržení nebo zajištění osob nebo zabavení zboží teprve po ukončení pohraničního odbavení pracovníky výstupního státu. Chtějí-li takovéto opatření učinit, předvádějí tyto osoby včetně zboží a jiných hodnot podléhajících devizovým předpisům, pracovníkům výstupního státu, pokud pohraniční odbavení této osob a zboží pracovníky výstupního státu není ještě ukončeno. Chtějí-li pracovníci výstupního státu sami provést zadržení, zajištění nebo zabavení, mají přednost. Ustanovení článku 7 nejsou dotčena.

### Článek 6

Pracovníci sousedního státu v územním státě uplatňovat všechny předpisy svého státu o pohraničním odbavování včetně ustanovení o příslušných oprávněných stejným způsobem, ve stejném rozsahu a se stejnými nasledky jako ve vlastním státě, pokud tato smlouva nestanovi jinak.

### Článek 7

(1) K oprávnění a vrácení zpět a právo převezení do sousedního státu. Pracovníci sousedního státu však nejsou oprávněni k tomu, aby státní příslušníky územního státu na jeho výsostném území zadržovali, zajišťovali, drželi ve vazbě nebo je převaželi do sousedního státu. Mohou však tyto osoby nutné předvádět na vlastní předsunuté pohraniční odbavovací stanoviště, nebo neexistuje-li, na pohraniční odbavovací stanoviště územního státu k písemnému záznamu o stavu věci.

(2) Při opatřeních podle odstavce 1 je nutno neodkladně přizvat pracovníka územního státu.

(3) Azylové právo územního státu není dotčeno.

### Článek 8

(1) Na trasach vedoucích z vysostného území sousedního statu k jeho předsunutým pohraničním odbavovacím stanovištěm v územním státě, určených k přeshraniční přepravě osob a zboží, se uplatňují předpisy týkající se pohraničního odbavování obou států s tím, že předpisy vystupního státu se použijí před předpisy státu vstupního.

(2) Na dodržování předpisů obou států musí dohlížet příslušná pohraniční odbavovací stanoviště územního státu. V případě porušení tétoho předpisu se zadřžené nebo zajistěné osoby a zabavené zboží, jakož i hodnoty podléhající devizovým předpisům, předávají nejdříve pohraničním odbavovacím vystupního statu k provedení pohraničního odbavení. Ustanovení článku 7 nejsou dotčena.

### Článek 9

Osobám, jimž není pracovníky vstupního státu povoleno překročení státních hranic, nesmí být braněno v návratu do výstupního státu. V případě potřeby jsou tyto osoby doprovádovány pracovníky výstupního státu zpět nuceně.

### Článek 10

(1) Příslušná pohraniční odbavovací stanoviště smluvních stran se vzájemně podporují při pohraničním odbavování podle této smlouvy. Vyměňují si rovněž osobní údaje v případě, že jejich předání je potřebné pro provádění pohraničního odbavování.

(2) Pokud se na základě této smlouvy v soulادu s vnitrostátním právem předávají údaje, platí následující ustanovení:

- použití údajů příjemcem je přípustné jen k uvedenému účelu a za podmínek stanovených předávající smluvní stranou;
- příjemce na žádost informuje předávající smluvní stranu o použití přečtených údajů a o výsledcích tím získaných;

- c) osobní údaje se mohou předávat výlučně oříšlušným povražničním odbavovacím stanovištěm, jakož i
- ve Spolkové republice Německo organum činným v trestním stíhání a soudům ve věcech trestních.
  - v České republice organum se může uskutečnit jen s předchozím sounlasem předavajícího místa:
- d) předavající smluvní strana je povinna dbát na správnost údajů, jež mají být předány, jakož i na jejich potřebnost a úměrnost ve vztahu k účelu, který přenos údajů sleduje. Přitom je třeba respektovat zákazy předávání údajů stanovené příslušným vnitrostátním právem. Zjistí-li se, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, které nesměly být předány, je třeba to příjemci neprodleně sdělit. Tento je povinen provést jejich opravu nebo údaje zničit;
- e) dotčené osobě je třeba na žádost poskytnout informaci o údajích k ni existujících, jakož i o zamýšleném účelu jejich použití. Povinnost k jejímu poskytnutí není dána, jestliže se zváží, že veřejný zájem na neposkytnutí takovéto informace převažuje nad zájmem dotčené osoby na jejím sdělení. Jinak se řídí právo dotčené osoby na poskytnutí informací o údajích k ni existujících vnitrostátním právem té smluvní strany, na jejímž výsostném území bylo o informaci požádáno;
- f) předavající smluvní strana upozorní při předání údajů na lhůty pro vymazání těchto údajů stanovené jejím právem. Nezávisle na těchto lhůtách je nuto předané osobní údaje vymazat, jakmile pomine důvod jejich předání;
- g) smluvní strany jsou povinny vést evidenci o předávání a příjmu osobních údajů;
- h) smluvní strany jsou povinny účinně chránit předané osobní údaje proti neoprávněmu přístupu k nim, jejich neoprávněným a neoprávněným oznamením.
- (3) Bude-li osoba v důsledku předání údajů podle této smlouvy poškozena protiprávním, odpovědnost za škodu nese přijimající smluvní strana podle svých vnitrostátních právních předpisů. Ve vztahu k poškozenému se nemůže odvolávat na to, že škoda bylazpůsobena předavající smluvní stranou.

## Část II

### Právní postavení pracovníků sousedního státu

#### Článek 11

Pracovníci sousedního státu mohou docházet na pohraniční odbavovací stanoviště, kde vykonávají svoji služební činnost v územním statě, na základě služebního prukazu opatřeného fotografií.

#### Článek 12

Pracovníci sousedního státu, kteří na základě této smlouvy vykonávají svoji službu v územním statě, mohou při výkonu služby nosit stejnokroj a služební zbraň a vodit sebou služební psy. Zbraň smějí v územním státě použít pouze v případě nutné sebeobrany.

#### Článek 13

(1) Trestné právní ustanovení územního statu na ochranu jeho pracovníku se vztahují rovněž na trestné činy proti pracovníkům sousedního statu při výkonu služby v územním státě nebo v souvislosti s touto službou.

(2) O trestných činech sbíchaných pracovníky sousedního statu v územním statě je nutno neoprodleně vyrozumět nadřízený služební orgán téhoto pracovníků prostřednictvím příslušného organu územního statu.

#### Článek 14

(1) Nároky na náhradu škody, kterou způsobi pracovníci sousedního státu při výkonu své služby nebo v souvislosti s touto službou v územním státě, podléhají právu sousedního státu a je třeba je uplatnit před jenou soudy. Státní příslušníci územního statu jsou v téhoto náročení postaveni na rovenství s příslušníkům sousedního státu.

(2) Je-li pracovník sousedního státu během výkonu své služby nebo v souvislosti s touto službou v územním statě usmrcen nebo zraněn nebo je-li věc, kterou s sebou vozi nebo nosí, poškozena nebo zničena, posuzují se nároky na náhradu téhoto škod podle práva sousedního státu.

(3) K rozhodnutí o náročích na náhradu škody podle odstavce 2 jsou příslušné soudy té smluvní strany, na jejímž výsostném území došlo k jednání způsobivšímu škodu nebo v němž má

škůdce trvalý pobyt. Příslušným je také soud, v jehož obvodu má navrhovatel svůj trvalý pobyt.

### Článek 15

(1) Všechny předměty určené pro služební potřebu dovážené nebo vyvážené pracovníky sousedního státu činnými v územním státě jsou osvobozeny od cla a jiných poplatků.

(2) Od cla a jiných poplatků jsou osvobozeny i předměty osobní potřeby včetně potravin, které převážejí pracovníci na cestě do služby a zpět a jež potřebují během služebního pobytu v územním státě.

(3) Služební vozidla a vlastní vozidla, kterými pracovníci sousedního státu jezdí k výkonu služby do územního statu a jimiž se vracejí do státu sousedního, nepodléhají při zachování příslušných kontrolních opatření clu a jiným poplatků. Zajištění celního dluhu se nevyžaduje.

(4) Zákazy dovozu a vývozu, jakož i dovozní a vývozní omezení, se nevztahují na předměty a vozidla uvedena v odstavcích 1 až 3.

### Článek 16

(1) Pracovníci sousedního státu, kteří na základě této smlouvy pravidelně vykonavají službu v územním státě, musí být před vysláním písemně jmenovitě nahlášeni příslušným pohraničním odbavovacím stanovištěm územního statu s uvedením dat narození funkce.

(2) Každá ze smluvních stran na žádost druhé smluvní strany výradi nebo odvolá své pracovníky z výkonu služby na jejím výsostném území.

### Část III

#### Právní postavení předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť sousedního státu v územním státě

### Článek 17

(1) Smluvní strany budou udělovat svým předsunutým pohraničním odbavovacím stanovištěm všechna opravnáne nezbytná k pohraničnímu odbavování; odbavovací opravnáne pro pohyb zboží se řídí provozními potřebami.

(2) Odbavovací opravnění a provozní doby ponraničních odbavovacích stanovišť obou stran je nutno uvest do maximálního možného souladu.

### Článek 18

Prostory a místnosti určené pro pohraniční odbavovací stanoviště sousedního státu je třeba označit úředními štítky a vysokými znaky. Služební místnosti sousedního státu musí být označeny nápisem v německém a českém jazyce.

### Článek 19

Předsunutá pohraniční odbavovací stanoviště mají v prostorách přidělených k výlučnému užívání právo udržovat pořádek a vykázat osoby narušující pořádek. Příslušné orgány a pracovníci územnino státu jim v tom na jejich žádost poskytnou pomoc.

### Článek 20

Předměty určené ke služební potřebě předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť se osvobozuji při vstupu a opětovném výstupu od cla a jiných poplatků. Nevztahuje se na né rovněž zakazy dovozu a vývozu, jakož i dovozní a vývozní omezení.

### Článek 21

(1) Služební dopisy a služební balíky, jakož i služební peněžní a cenne zásilky, které jsou určeny pro předsunutá pohraniční odbavovací stanoviště nebo jsou jimi do sousedního státu zasílány, mohou být dopravovány pracovníky sousedního státu bez prostřednictví poštovní správy a jsou osvobozeny od poštovních poplatků.

(2) Tyto zásilky podléhají pohraniční kontrole územního státu pouze při podezření z páchání trestné činnosti. K této kontrole je třeba přizvat pracovníky sousedního státu.

(3) Zásilky mají být v zájmu zneužití opatřeny služebním razitkem odesílajícího služebního organu.

### Článek 22

Peněžní částky úředně vybrané při pohraničním odbavování pracovníky sousedního státu v územním státě nebo peněžní částky tam úředně dívezené, jakož i jimi zabavené nebo zajištěné zůží včetně jiných hodnot pooléhajících devizovým předpisům, mohou být převezeny do sousedního státu.

### Článek 23

(1) Územní stát povoluje bezplatné zřizování a provoz telekomunikačních zařízení potřebných výhradně k činnosti předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť a k pohraničnímu odbavování v dopravních prostředcích během jízdy včetně zařízení pro elektronické zpracování údajů, jakož i jejich napojení na příslušná zařízení sousedního státu. Připadné náklady na vybudování těchto zařízení nebo nájemné za jejich používání hradí sousední stát. Provoz těchto zařízení se považuje za interní provoz sousedního státu.

(2) S výjimkou případů uvedených v odstavci 1 nejsou dotčeny předpisy obou smluvních stran o zřizování, údržbě a provozu telekomunikačních zařízení včetně zařízení na elektronické zpracování údajů.

(3) Příslušné orgány smluvních stran vzájemně koordinují potřebná opatření podle odstavce 1.

### Článek 24

(1) Podnikatelé sousedního státu, jakož i jejich personal, monou na přesunutých pohraničních odbavovacích stanovištích vykonávat všechny služby tykající se pohraničního odbavování, k jejichž poskytování jsou v sousedním státě opravněni. Poskytování técto služeb se řídí podle právních předpisů sousedního státu.

(2) U podnikatelů a jejich personálu uvedených v odstavci 1 se nevyžaduje zvláštní živnostenské a pracovní povolení územního státu.

(3) Organizačně technické podmínky pro poskytování služeb podnikatelů v územním státě mohou příslušné orgány smluvních stran upravit s ohledem na místní podmínky v ujednáních o provádění pohraničního odbavování jedne smluvní strany na vysokém území druhé smluvní strany.

(4) Příslušné orgány územního státu rozhodnou po dohodě s příslušnými orgány sousedního státu, ve kterých případech a v

jakém rozsahu budou těmto podnikatelům poskytnuty za úhradu kanceláře nebo pozemky ke zřízení kancelářských budov na jednotlivých pohraničních odbavovacích stanovištích.

#### Část IV

##### Poskytování služebních a ubytovacích prostor

###### Článek 25

(1) Příslušné orgány smluvních stran určí vzájemnou dohodou:

- a) služební prostory a zařízení potřebná pro pohraniční odbavovací stanoviště sousedního státu;
- b) podíl nákladů na stavby, který je třeba uhradit za jejich vybudování, popřípadě nájemné, jakož i úhradu provozních nákladů, například na osvětlení, otopení a úklid.

(2) Železnice uzemněno statu jsou povinny vyhovět žádosti sousedního státu o poskytnutí služebních a ubytovacích prostor a dalších služeb pro pracovníky pohraničních odbavovacích stanovišť sousedního statu za úhradu, kterou je třeba sjednat.

(3) Železnice a provozovatelé vodní dopravy jsou povinni pracovníky provadějici pohraniční odbavování během jízdy přepravovat zdarma a poskytovat jim bezplatně potřebné vlakové odkidy nebo kapinky lodí.

#### Část V

##### Závěrečná ustanovení

###### Článek 26

Rozdílnosti týkající se výkladu nebo provádění této smlouvy budou řešit příslušné orgány smluvních stran. Nepodaří – li se příslušným orgánům tyto rozdílnosti urovnat, budou je řešit, pokud možno, smluvní strany.

###### Článek 27

Příslušné orgány smluvních stran monou v rámci této smlouvy přímo koordinovat organizační opatření potřebna k jejímu provádění.

### Článek 28

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze, pokud možno v době co nejkratší.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne třetího měsíce následujícího po měsíci, v němž byly vyměněny ratifikační listiny.

(3) Tato smlouva se uzavírá na dobu neurčitou. Může být kdykoliv písemně vypovězena. Výpověď nabývá účinnosti dvacát měsíců po dni, ve kterém byla doručena druhé smluvní straně diplomatickou cestou.

Dáno ve Furth im Wald dne 19. května 1995 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Česká republika:

JAN RUMI

Za Spolková republika  
Německo:

THEO WAIGEL

HARTMUT HILLGENBERG

---

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

**AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE CZECH REPUBLIC CONCERNING THE FACILITATION OF FRONTIER CONTROL OPERATIONS FOR RAIL, ROAD AND SHIPPING TRAFFIC**

The Federal Republic of Germany and the Czech Republic,

Have, in order to facilitate frontier clearance in railway, road and ship traffic between their two States, agreed on the following provisions:

**I. GENERAL PROVISIONS***Article 1*

(1) The Contracting Parties shall take all necessary measures to simplify and expedite frontier clearance procedures for railway, road and ship traffic between the two States.

(2) Frontier clearance posts of one of the Contracting Parties or officials of such posts may, in accordance with paragraph 3, carry out frontier clearance operations on the territory of the other Contracting Party.

(3) The competent authorities of the Contracting Parties shall agree on the circumstances, extent, and zone in which frontier clearance by one Contracting Party shall be effected in the territory of the other Contracting Party. They may agree on frontier clearance during railway journeys and aboard ship on designated sections of routes and to the establishment of forward frontier clearance posts of one of the Contracting Parties on the territory of the other Contracting Party.

(4) The Contracting Parties reserve the right, under exceptional circumstances, in the short run and temporarily to withdraw clearance control from the territorial State to its own territory. The territorial State shall, where possible, be informed of this withdrawal in advance.

*Article 2*

For the purposes of this Agreement:

(a) The term "frontier clearance operations" means the implementation of all the measures concerning the crossing of the frontier by individuals and the entry, exit, and transit of goods, including means of transport, or assets subject to currency controls laid down in the regulations of the Contracting Parties;

(b) The term "territorial State" means the State in whose territory forward frontier clearance posts of the other Contracting Party have been established or in which frontier clearance by its officials has been authorized;

(c) The term "adjoining State" means the other Contracting State;

<sup>1</sup> Came into force on 28 October 1996, upon notification by the Bank to the Government of Dominica.

(d) The term "officials" means those who, as personnel of the authorities responsible for frontier clearance, perform their duties in forward frontier clearance posts or aboard means of transport during journeys, or who supervise this service;

(e) The term "zone" means the area within the territorial State in which officials of the adjoining State are authorized to carry out frontier clearance operations.

### *Article 3*

(1) Frontier clearance in a territorial State by the adjoining State shall be subject to the regulations of the adjoining State in accordance with this Agreement. In all other cases the law of the territorial State shall apply.

(2) Operations conducted by officials of the adjoining State in the zone designated under article 1, paragraph 3 shall be considered as having been conducted in the municipality of the adjoining State in which the frontier post is located.

(3) If there are infringements in the zone of the regulations of the adjoining State referred to in Article 2 (a), such infringements shall be deemed to have been committed in the municipality referred to in paragraph 2.

### *Article 4*

(1) Frontier clearance operations of the exit State shall be carried out by officials of the entry State, unless Article 5 applies.

(2) Once frontier clearance operations by officials of the exit State have begun, officials of the entry State may begin frontier clearance of the individuals and goods already cleared by officials of the exit State, including assets subject to currency controls. This applies even if the exit State has waived frontier clearance procedures.

(3) Once the officials of the entry State have begun to carry out frontier clearance procedures in accordance with paragraph 2, officials of the exit State may no longer conduct frontier clearance operations. If, however, after the entry clearance procedures have begun, a criminal offence is suspected or if it is subsequently revealed that a person for whom an arrest warrant has been issued or who is to be taken into custody is present in the zone, officials of the exit State shall then be entitled, with the consent of officials of the entry State, to perform or redo frontier clearance operations.

### *Article 5*

The officials of the Contracting Parties may by mutual agreement deviate from the procedure referred to in article 4, paragraph 1, in the interest of expediting clearance. In these exceptional cases, officials of the entry State may only carry out arrests, take persons into custody or confiscate goods when the officials of the exit State have completed clearance operations. Should they wish to take such a step, they shall deliver the persons or goods concerned, including assets subject to currency controls, to the officials of the exit State, if the frontier clearance operations by officials of the exit State with respect to those persons have not been completed. Should the officials of the exit State wish, for their part, to make arrests, take into custody, or confiscate, they shall have precedence. The provisions of Article 7 shall not be affected.

### *Article 6*

The officials of the adjoining State may, unless otherwise provided in this Agreement, implement all the frontier clearance provisions of their State, including regulations on respective powers, in the territorial State in the same manner, to the same extent and with the same consequences as in their own State.

### *Article 7*

(1) The powers referred to in Article 6 shall also include the right of arrest, taking into custody, turning back, and forcible return to the adjoining State. Officials of the adjoining State shall, however, not be authorised to arrest, take into custody, detain, or forcibly return nationals of the territorial State on the territory of that State. They may, however, forcibly conduct such persons to their own forward frontier clearance post or, in the absence of such a post, to the frontier clearance post of the territorial State for the purpose of preparing a written statement of the circumstances.

(2) If actions in accordance with paragraph 1 are taken, an official of the territorial State shall be summoned immediately.

(3) The right of asylum in the territorial State shall not be affected.

### *Article 8*

(1) On the routes specified for trans-frontier movements by individuals and goods from the frontier to the forward frontier clearance posts of the adjoining State in the territorial State, the frontier clearance regulations of the two States shall apply in accordance with the principle that the provisions of the exit State shall be applicable before those of the entry State.

(2) Observance of the provisions of the two States shall be ensured by the competent frontier clearance posts of the territorial State. In the case of an infringement of these regulations, arrested individuals, persons taken into custody and confiscated goods or assets subject to currency controls, irrespective of the provisions of Article 7, shall first be transferred to the frontier clearance posts of the exit State for completion of the frontier clearance operations.

### *Article 9*

Individuals who have not received permission to cross the frontier from the officials of the entry State shall not be denied re-admittance to the exit State; where necessary, they shall be forcibly brought back by the officials of the exit State.

### *Article 10*

(1) The competent frontier clearance posts of the Contracting Parties shall assist one another in the discharge of the duties connected with frontier clearance in accordance with this Agreement. They shall also exchange data regarding individuals when such data are needed for frontier clearance procedures.

(2) To the extent that data relating to individuals are provided on the basis of this Agreement and in accordance with national law, the following provisions shall apply:

(a) The recipient may use the data only for the purpose and subject to the conditions specified by the Contracting Party providing them;

(b) The recipient shall, upon request, inform the Contracting Party providing the data of the use made of them and of the results of that use;

(c) Data relating to individuals may only be provided to the competent frontier clearance posts and

— In the Federal Republic of Germany, to the Director of Public Prosecutions and criminal courts

— In the Czech Republic, to the authorities responsible for criminal proceedings;

(d) The Contracting Party providing the data must ensure that they are correct, necessary, and proportionate to the purpose for which the data have been requested. Prohibitions on the provision of data under national law shall be respected. If it is shown that incorrect data, or data that should not have been provided, were provided, the recipient shall be informed immediately. The recipient must then correct or destroy the data;

(e) The individual concerned shall be informed upon request of the information regarding him and the use to which it is to be put. The obligation to provide this information shall not apply if the public interest in not providing it outweighs the interest of the person concerned in being informed. In all other respects, the right of the individual concerned to be informed of the available data regarding him shall be governed by the national law of the Contracting Party in whose territory the application to be informed was made;

(f) The Contracting Party providing the data shall inform the recipient of the dates by which, under its law, the data expire. Irrespective of these deadlines, the data provided on individuals shall be deleted as soon as the grounds for their provision cease to apply;

(g) The Contracting Parties must keep an official record of the provision and receipt of data relating to individuals;

(h) The Contracting Parties must provide effective protection of data relating to individuals against unauthorized access, unauthorized alteration, and unauthorized publication.

(3) If, as a result of the provision of data under this Agreement, an individual is wronged, the receiving Contracting Party shall be liable for damages in accordance with its domestic law. It may not claim, with respect to the wronged individual, that the damage was done by the Contracting Party providing the information.

## II. LEGAL STATUS OF OFFICIALS OF THE ADJOINING STATE

### *Article 11*

Officials of the adjoining State may travel to the place in which they are to carry out their official activities in the territorial State using an official pass containing a photograph.

### *Article 12*

Officials of the adjoining State carrying out their duties under this Agreement in the territorial State may wear their uniform, carry their service weapons, and take their service dogs in the performance of their duties. They may use their weapons in the territorial State only in self-defence.

*Article 13*

(1) The criminal provisions of the territorial State for the protection of public officials shall apply also to punishable acts committed in respect of officials of the adjoining State in the performance of their duties in the territorial State or in connection with those duties.

(2) The forward frontier post of officials of the adjoining State shall be informed immediately, through the corresponding frontier post of the territorial State, of any punishable acts committed by such officials in the territorial State.

*Article 14*

(1) Claims for damages caused by officials of the adjoining State in the course of their duties or in connection with their duties in the territorial State shall be governed by the law of the adjoining State and shall be decided by its courts. In such claims, nationals of the territorial State shall receive the same treatment as nationals of the adjoining State.

(2) If an official of an adjoining State, in the performance of his duties in the territorial State or in connection with those duties, is killed or wounded, or if something he is taking with him or wearing is damaged or destroyed, claims for such damage shall be adjudged under the laws of the adjoining State.

(3) The courts competent to rule on claims for damages under paragraph 2 are those of the Contracting Party on whose territory the behaviour giving rise to the damage took place or the State in which the party causing the damage has permanent residence. The court of the district in which the plaintiff has permanent residence also has jurisdiction.

*Article 15*

(1) All articles intended for official use in the territorial State by frontier clearance officials of the adjoining State may be imported and exported free of duties and other charges.

(2) Articles for personal use, including foodstuffs, brought with them by officials on the way to or from work and needed during their period of official duty in the territorial State shall also be exempt from duties and other charges.

(3) Official and private vehicles used by officials of the adjoining State for the performance of their duties and to return to the adjoining State shall, subject to the appropriate control measures, be free of duties and other charges on entry and exit. No security deposit shall be required.

(4) Import and export prohibitions and restrictions shall not be applicable to the articles and vehicles referred to in paragraphs 1-3.

*Article 16*

(1) The corresponding frontier posts of the territorial State shall be informed in writing, before their dispatch, of the names, dates of birth and service grades of the officials of the adjoining State, who, pursuant to this Agreement, regularly perform their duties in the territorial State.

(2) Each Contracting Party shall at the request of the other Contracting Party exclude or recall its officials from service on the territory of the requesting State.

### III. LEGAL STATUS IN THE TERRITORIAL STATE OF THE FORWARD FRONTIER CLEARANCE POSTS OF THE ADJOINING STATE

#### *Article 17*

(1) Each Contracting Party shall grant its forward frontier clearance posts all the necessary frontier clearance powers to meet traffic requirements.

(2) The functions and working hours of the frontier clearance posts of both Parties shall so far as possible be established by agreement.

#### *Article 18*

The premises of the forward frontier posts shall display the official coats of arms and national emblems of the adjoining State. Signs in the offices used by the adjoining State must be in German and Czech.

#### *Article 19*

The forward frontier clearance posts shall be entitled to maintain order on the premises placed solely at their disposal and to remove therefrom any persons causing a disturbance. The competent posts and officials of the territorial State shall on request assist them in doing so.

#### *Article 20*

Articles for official use by frontier clearance posts may be imported and re-exported free of duties and other charges. Such articles shall not be subject to import or export prohibitions or restrictions.

#### *Article 21*

(1) Official correspondence, official parcels and official funds addressed to the forward frontier posts or sent by them to the adjoining State may be carried by the officials of the adjoining State free of charge and without intervention by the postal administration.

(2) Such letters, parcels and funds shall be subject to clearance procedures by the territorial State only in the case of suspicion of a criminal act. Officials of the adjoining State shall be present during clearance.

(3) In order to avoid any misuse such letters, parcels, and funds shall bear the seal of the frontier clearance post sending them.

#### *Article 22*

Sums of money officially collected by the officials of the adjoining State in the territorial State during frontier clearance operations or officially brought into that State by them and goods seized or confiscated by them, including assets subject to currency controls, may be transferred to the adjoining State.

#### *Article 23*

(1) The territorial State shall authorize free of charge the installation and operation of telecommunication devices required exclusively for the activities of the forward frontier clearance posts and frontier clearance operations aboard means of transport during journeys, including electronic data processing equipment and its connections to the corresponding equipment of the adjoining State. Any costs

arising from installation of the equipment or rental for its use shall be defrayed by the adjoining State. The operation of these devices shall be considered domestic traffic of the adjoining State.

(2) With the exception of the cases referred to in paragraph 1, the provisions of both Contracting Parties on the installation, maintenance, and operation of telecommunication equipment, including electronic data processors, shall not be affected.

(3) The competent authorities of the Contracting Parties shall discuss and agree upon the measures required under paragraph 1.

#### *Article 24*

(1) Persons from the adjoining State engaged in commercial activities and their staff may carry out at the forward frontier clearance posts all the activities related to frontier clearance operations that they are entitled to carry out at the corresponding posts in the adjoining State. These services shall be provided in accordance with the legal provisions of the adjoining State.

(2) The persons engaged in commercial activities and their staff referred to in paragraph 1 shall be exempt from the requirement of an additional commercial or work permit of the territorial State.

(3) The organizational and technical conditions governing the provision of services by persons engaged in commercial activities in the territorial State may be regulated according to local circumstances by the competent authorities of the Contracting Parties in the agreements on frontier clearance operations of one Contracting Party on the territory of the other.

(4) The competent authorities of the territorial State shall decide by agreement with the competent authorities of the adjoining State when and to what extent office space or land for building offices shall be made available, for a fee, to those persons engaged in commercial activities.

### **IV. ASSIGNMENT OF OFFICIAL PREMISES AND ACCOMMODATION**

#### *Article 25*

(1) The competent authorities of the Contracting Parties shall agree on

(a) The official premises and installations required by the frontier posts of the adjoining State;

(b) The corresponding share of construction costs to be paid, or, where applicable, the rent, or reimbursement of operating expenses, such as electricity, heating, and cleaning.

(2) The railway administration of the territorial State must, in return for agreed remuneration, comply with any request from the adjoining State to assign official premises and accommodation and to render other services for the officials of frontier clearance posts.

(3) The railway administrations and shipping companies shall convey officials carrying out frontier clearance operations on moving trains or ships free of charge and shall assign them the requisite service compartments or cabins at no charge.

## V. FINAL PROVISIONS

### *Article 26*

Disagreements concerning the interpretation or application of this Agreement shall be settled by the competent authorities of the Contracting Parties. Where disagreements cannot be settled in this way, a settlement should be reached, where possible, by the Contracting Parties.

### *Article 27*

The competent authorities of the Contracting Parties may by direct agreement determine within the framework of this Agreement the administrative measures necessary for its application.

### *Article 28*

(1) This Agreement requires ratification. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Prague.

(2) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification.

(3) This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be denounced in writing at any time. The denunciation shall enter into force twelve months after it is received by the other Contracting Party through the diplomatic channel.

DONE at Furth im Wald on 19 May 1995 in two original copies, each in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic  
of Germany:

THEO WAIGEL

HARTMUT HILLGENBERG

For the Czech  
Republic:

JAN RUMI

---

## [TRADUCTION — TRANSLATION]

**ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE  
ET LA RÉPUBLIQUE TCHÈQUE VISANT À FACILITER LE  
CONTÔLE FRONTALIER DE LA CIRCULATION PAR CHE-  
MIN DE FER, ROUTE ET BATEAU**

La République fédérale d'Allemagne et la République tchèque,  
En vue de faciliter le contrôle frontalier de la circulation par chemin de fer,  
route et bateau entre leurs deux pays,  
Sont convenues de ce qui suit :

**TITRE PREMIER. DISPOSITIONS GÉNÉRALES**

*Article premier*

1. Les deux Parties contractantes prendront toutes les mesures nécessaires pour faciliter et accélérer le contrôle frontalier de la circulation par chemin de fer, route et bateau entre leurs deux pays.
2. Conformément aux dispositions du paragraphe 3 du présent article, les bureaux de douane de chacune des Parties contractantes ou les agents de ces bureaux sont autorisés à procéder aux contrôles frontaliers sur le territoire de l'autre Partie.
3. Les autorités compétentes des deux Parties contractantes définiront d'un commun accord les cas, la mesure et les zones dans lesquels les contrôles frontaliers de chacune des Parties contractantes seront opérés sur le territoire de l'autre Partie. Elles pourront convenir de faire procéder aux contrôles en cours de route sur certains trajets dans les trains et sur les bateaux et d'installer des bureaux de douane avancés de chacune sur le territoire de l'autre.
4. Les Parties contractantes se réservent le droit, dans des cas exceptionnels, à brefs délais et provisoirement, de faire reculer les contrôles frontaliers pour qu'ils aient lieu sur leur territoire. En pareil cas, elles informeront l'autre Partie de cette décision aussi longtemps à l'avance que possible.

*Article 2*

Au sens du présent Accord, on entend par :

- a) « Contrôle frontalier », l'application de tous les règlements des Parties contractantes qui sont applicables lors du passage de la frontière par des personnes et lors de l'importation, de l'exportation et du transit de marchandises, y compris de moyens de transports, ou de valeurs soumises au contrôle des changes;
- b) « Etat territorial », l'Etat sur le territoire duquel l'autre Partie contractante installe des bureaux de douane avancés ou fait procéder à des contrôles frontaliers par ses agents;

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 28 octobre 1996, dès notification par la Banque au Gouvernement dominiquais.

- c) « Etat voisin », l'autre Etat contractant;
- d) « Agents », les personnes, qui en raison de leur appartenance aux services compétents pour contrôler les frontières, exercent leurs fonctions dans les bureaux de douane avancés ou à bord des moyens de transport pendant le trajet, ainsi que les personnes chargées de la surveillance du service;
- e) « Zone », la partie du territoire de l'Etat territorial à l'intérieur de laquelle les agents de l'Etat voisin sont autorisés à procéder aux contrôles frontaliers.

### *Article 3*

1. Sur le territoire de l'Etat territorial, les contrôles frontaliers effectués par les agents de l'Etat voisin sont soumis aux règlements de cet Etat voisin conformément aux dispositions du présent Accord. Sous réserve de la présente disposition, c'est le droit de l'Etat territorial qui s'applique.
2. Les actes officiels accomplis dans la zone définie au paragraphe 3 de l'article premier du présent Accord par les agents de l'Etat voisin sont réputés accomplis dans la commune de l'Etat voisin sur le territoire de laquelle se trouve le passage frontalier correspondant.
3. Toute infraction aux règlements visés à l'alinéa *a* de l'article 2 du présent Accord commise dans la zone est réputée commise sur le territoire de la commune visée au paragraphe 2 du présent article.

### *Article 4*

1. Sauf en cas d'application des dispositions de l'article 5 du présent Accord, les opérations de contrôle frontalier de l'Etat de sortie sont accomplies avant celles de l'Etat d'entrée.
2. Une fois que les agents de l'Etat de sortie ont commencé leur contrôle frontalier, les agents de l'Etat d'entrée peuvent commencer leurs propres opérations de contrôle des personnes et des marchandises, y compris les valeurs soumises au contrôle des changes que les agents de l'Etat de sortie ont fini de contrôler. Il en est de même lorsque l'Etat de sortie renonce à effectuer ces contrôles.
3. Les agents de l'Etat de sortie ne peuvent plus procéder à des opérations de contrôle frontalier à partir du moment où les agents de l'Etat d'entrée ont commencé les leurs conformément aux dispositions du paragraphe 2 du présent article. Une fois le contrôle d'entrée commencé, ils peuvent toutefois faire *a posteriori* ou reprendre des opérations de contrôle frontalier avec l'accord des agents de l'Etat d'entrée s'ils soupçonnent ou apprennent tardivement la présence dans la zone d'une personne recherchée en vue d'arrestation ou qui doit être placée sous surveillance.

### *Article 5*

Les agents des Parties contractantes peuvent, d'un commun accord, s'écartier de l'ordre prévu au paragraphe 1 de l'article 4 du présent Accord si la rapidité du contrôle frontalier le requiert. Dans de tels cas exceptionnels, les agents de l'Etat d'entrée peuvent procéder à des arrestations ou placer des personnes sous surveillance, ou saisir des marchandises seulement après que les agents de l'Etat de sortie ont achevé leurs opérations de contrôle frontalier. S'ils veulent prendre de telles mesures, ils conduisent ces personnes ou ces marchandises, y compris les valeurs

soumises au contrôle des changes, auprès des agents de l'Etat de sortie si ceux-ci n'ont pas encore achevé le contrôle desdites personnes ou desdites marchandises. Si, de leur côté, les agents de l'Etat de sortie veulent procéder à des arrestations, des placements sous surveillance ou des saisies, c'est à eux que revient la priorité. Les présentes dispositions ne modifient en rien celles de l'article 7 du présent Accord.

#### *Article 6*

Sauf disposition contraire du présent Accord, les agents de l'Etat voisin sont autorisés à appliquer tous les règlements de leur Etat relatif au contrôle frontalier sur le territoire de l'Etat territorial de la même manière, dans la même mesure et avec les mêmes conséquences que sur le territoire de leur propre Etat.

#### *Article 7*

1. Les autorisations visées à l'article 6 du présent Accord s'étendent au droit d'arrestation, de placement sous surveillance, de refoulement et de reconduite sur le territoire de l'Etat voisin. Toutefois, les agents de l'Etat voisin ne sont pas autorisés à arrêter des ressortissants de l'Etat territorial, à les placer en détention ou en prison ou à les reconduire sur le territoire de l'Etat voisin. Ils peuvent cependant conduire ces personnes dans leurs propres bureaux de douane avancés ou, en l'absence de tels bureaux, dans les bureaux de douane de l'Etat territorial pour l'enregistrement écrit des faits.

2. Les agents de l'Etat voisin doivent faire venir sans retard un agent de l'Etat territorial lorsque des mesures sont prises conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article.

3. Le droit d'asile de l'Etat territorial n'est pas modifié.

#### *Article 8*

1. Les règlements relatifs au contrôle frontalier des deux Etats s'appliquent sur les voies définies pour le franchissement de la frontière par les personnes et les marchandises, qui conduisent du territoire de l'Etat voisin jusqu'aux bureaux de douane avancés de cet Etat voisin sur le territoire de l'Etat territorial, à ceci près que les dispositions de l'Etat de sortie sont appliquées avant celles de l'Etat d'entrée.

2. Le respect de la réglementation des deux Etats est vérifié par les bureaux de douane compétents de l'Etat territorial. En cas d'infraction à cette réglementation, les personnes arrêtées ou placées sous surveillance et les marchandises saisies ainsi que les valeurs soumises au contrôle des changes sont d'abord remises au bureau de douane de l'Etat de sortie en vue de l'accomplissement des opérations de contrôle frontalier. Les présentes dispositions ne modifient en rien celles de l'article 7 du présent Accord.

#### *Article 9*

Les personnes que les agents de l'Etat d'entrée n'autorisent pas à franchir la frontière ne peuvent pas être empêchées de retourner sur le territoire de l'Etat de sortie. Les agents de l'Etat de sortie les reconduisent au besoin par la force.

*Article 10*

1. Les bureaux de douane compétents des Parties contractantes se prêtent assistance pour l'accomplissement des opérations de contrôle frontalier conformément aux dispositions du présent Accord. Ils échangent aussi des renseignements personnels si cela est nécessaire à l'accomplissement de ces opérations.

2. Dans la mesure où des renseignements concernant des personnes sont transmis en vertu du présent Accord conformément au droit national, les dispositions ci-après sont appliquées :

*a)* Le destinataire n'utilise les renseignements qu'aux fins indiquées et aux conditions prévues par la Partie contractante qui les a fournies;

*b)* Le destinataire informe la Partie contractante dont émanent les renseignements, à la demande de celle-ci, de l'utilisation qui est faite de ces renseignements et des résultats ainsi obtenus;

*c)* Les renseignements concernant des personnes communiqués exclusivement aux bureaux de douane compétents; et

— En République fédérale d'Allemagne, aux autorités pénales et aux tribunaux compétents en matière pénale,

— En République tchèque, aux autorités chargées des procédures pénales.

Ils ne sont transmis ensuite à d'autres services qu'avec l'approbation préalable des services qui les ont fournis;

*d)* La Partie contractante qui fournit les renseignements veille à ce qu'ils soient exacts, à ce qu'ils soient nécessaires et correspondent aux fins poursuivies. Ce faisant, elle respecte les interdictions de communication de renseignements prévues par sa législation. S'il apparaît qu'ont été communiqués des renseignements inexacts ou des renseignements qui ne devaient pas l'être, elle doit en avertir immédiatement le destinataire. Celui-ci procède à la rectification ou à la destruction de ces renseignements;

*e)* L'intéressé est informé à sa demande des renseignements qui existent à son sujet ainsi que de l'utilisation qu'il est prévu d'en faire. La communication des renseignements n'est pas obligatoire si, après une considération, elle apparaît plus utile à l'intéressé qu'elle n'est dans l'intérêt public. Pour le reste, le droit de l'intéressé à être informé des renseignements qui existent à son sujet est déterminé par le droit de la Partie contractante sur le territoire de laquelle la demande d'informations est déposée;

*f)* En communiquant les renseignements, la Partie contractante requise signale les délais dans lesquels ceux-ci doivent être détruits conformément à son droit interne. Indépendamment de ces délais, les renseignements personnels dont la communication est demandée doivent être détruits dès que le motif de cette communication cesse d'exister;

*g)* Les Parties contractantes documentent la communication et la réception des renseignements personnels;

*h)* Les Parties contractantes protègent efficacement les renseignements personnels communiqués de sorte qu'il soit impossible de les consulter, de les modifier ou d'en prendre connaissance sans autorisation.

3. La Partie contractante qui reçoit les renseignements est responsable civillement conformément à son droit interne si la communication de ces renseignements résultant de l'application du présent Accord nuit à une personne quelconque en raison d'actes contraires à la loi. A l'égard de la personne lésée, elle ne peut pas invoquer la responsabilité de la Partie contractante qui a communiqué les renseignements.

## TITRE II. STATUT JURIDIQUE DES AGENTS DE L'ETAT VOISIN

### *Article 11*

Les agents de l'Etat voisin sont autorisés à se rendre, munis d'un document d'identité de service comportant une photographie, au bureau de douane où ils exercent leurs fonctions sur le territoire de l'Etat territorial.

### *Article 12*

Les agents de l'Etat voisin qui exercent leurs fonctions sur le territoire de l'Etat territorial en vertu du présent Accord sont autorisés, ce faisant, à porter leur uniforme et leur arme de service et à se faire accompagner de leur chien à l'intérieur des frontières de l'Etat territorial. Ils ne peuvent faire usage de leur arme qu'en cas de légitime défense.

### *Article 13*

1. Les dispositions pénales de l'Etat territorial qui protègent les agents de celui-ci s'appliquent aussi aux infractions qui sont commises contre les agents de l'Etat voisin dans l'exercice de leurs fonctions ou en rapport avec elles sur le territoire de l'Etat territorial.

2. En cas d'infraction commise par des agents de l'Etat voisin sur leur territoire, les autorités compétentes de l'Etat territorial avertissent sans retard les autorités dont dépendent ces agents par l'intermédiaire du bureau où ils sont employés.

### *Article 14*

1. Les demandes d'immunisations de dommages provoqués par des agents de l'Etat voisin dans l'exercice de leurs fonctions ou en rapport avec celles-ci sur le territoire de l'Etat territorial relèvent du droit de l'Etat voisin et des tribunaux de celui-ci; à cet égard, les ressortissants de l'Etat territorial sont traités tout comme s'ils étaient ressortissants de l'Etat voisin.

2. Si un agent de l'Etat voisin est tué ou blessé sur le territoire de l'Etat territorial dans l'exercice de ses fonctions ou en rapport avec celles-ci ou si un bien qu'il a avec ou sur lui est endommagé ou détruit, les demandes d'indemnisation de ces dommages sont examinées conformément au droit de l'Etat voisin.

3. Les décisions au sujet de l'indemnisation des dommages visés au paragraphe 2 du présent article sont rendues par les tribunaux de la Partie contractante sur le territoire de laquelle a été tenue la conduite qui a provoqué le dommage ou bien où l'auteur du dommage a sa résidence permanente. Le tribunal de la circonscription où le plaignant a sa résidence permanente est aussi compétent.

*Article 15*

1. Tous les objets destinés au service qui sont importés ou exportés par les agents de l'Etat voisin exerçant leurs fonctions sur le territoire de l'Etat territorial sont exonérés de droits de douane et autres taxes.
2. La même exonération est accordée pour les objets à usage personnel y compris la nourriture que les agents transportent avec eux sur le chemin de leur travail et au retour et dont ils ont besoin pendant le temps qu'ils passent aux fins du service sur le territoire de l'Etat territorial.
3. Les véhicules de service et les véhicules personnels avec lesquels les agents de l'Etat voisin pénètrent sur le territoire de l'Etat territorial pour leur travail et retournent sur le territoire de l'Etat voisin restent exonérés de droits de douane et autres taxes sous réserve de mesure de contrôle appropriées. Aucune caution n'est requise.
4. Les interdictions et restrictions d'importation et d'exportation ne s'appliquent pas aux objets ou véhicules visés aux paragraphes 1 à 3 du présent article.

*Article 16*

1. Les agents de l'Etat voisin qui sont employés régulièrement sur le territoire de l'Etat voisin conformément aux dispositions du présent Accord sont désignés par écrit aux bureaux de douane correspondants de l'Etat territorial, avec indication de leur date de naissance et de leur titre, avant d'être détachés.
2. Chacune des Parties contractantes rappelle ses agents ou les exclut de l'affection sur le territoire de l'autre Partie à la demande de celle-ci.

**TITRE III. STATUT JURIDIQUE DES BUREAUX DE DOUANE AVANCÉS DE L'ETAT VOISIN SUR LE TERRITOIRE DE L'ETAT TERRITORIAL***Article 17*

1. Les Parties contractantes confèrent à leurs bureaux de douane avancés tous les pouvoirs de contrôle frontalier nécessaires. Les pouvoirs relatifs au contrôle frontalier de la circulation des marchandises sont fonction de celle-ci.
2. Les pouvoirs de contrôle et les horaires de service des bureaux de douane des deux Parties contractantes seront arrêtés, autant que possible, d'un commun accord.

*Article 18*

Les bureaux de douane de l'Etat voisin sont signalés par des panneaux officiels et les emblèmes de souveraineté. Les inscriptions des bureaux de l'Etat voisin sont en langues allemande et tchèque.

*Article 19*

Dans les locaux réservés à leur usage exclusif, les bureaux de douane avancés maintiennent l'ordre et éloignent les personnes qui les perturbent. Les bureaux et agents compétents de l'Etat territorial leur prêtent assistance sur demande.

### *Article 20*

Les objets destinés au service des bureaux de douane avancés sont exonérés de droits de douane et autres taxes à l'entrée et à la sortie. Les interdictions et restrictions d'importation et d'exportation ne s'appliquent pas à ces objets.

### *Article 21*

1. Les lettres et paquets de service ainsi que les envois d'argent et de valeurs aux fins du service qui sont destinés aux bureaux de douane avancés ou envoyés par ceux-ci sur le territoire de l'Etat voisin peuvent être acheminés par les agents de l'Etat voisin sans frais et sans intervention de l'administration postale.

2. Ces envois ne sont soumis à des contrôles de l'Etat territorial que si une infraction est soupçonnée. Des agents de l'Etat voisin participent à ces contrôles.

3. Pour éviter les abus, les envois doivent être revêtus du cachet du bureau expéditeur.

### *Article 22*

Les montants perçus ou introduits officiellement sur le territoire de l'Etat territorial par des agents de l'Etat voisin et les marchandises saisies ou reçues par eux, y compris toute autre valeur soumise au contrôle des changes, peuvent être emportés sur le territoire de l'Etat voisin.

### *Article 23*

1. L'Etat territorial autorise les installations téléphoniques officielles, y compris les installations de traitement électronique des données qui sont nécessaires exclusivement aux activités des bureaux de douane avancés et aux contrôles douaniers dans les moyens de transport pendant leur trajet, ainsi que leur raccordement avec les installations correspondantes de l'Etat voisin. Les coûts éventuels d'installation ou les redevances d'utilisation sont à la charge de l'Etat voisin. Le fonctionnement de ces installations est réputé intérieur à l'Etat voisin.

2. Les exceptions visées au paragraphe 1 du présent article ne modifient en rien les règlements des Parties contractantes relatifs à l'installation, l'entretien et l'exploitation des installations téléphoniques, y compris les installations de traitement électronique des données.

3. Les autorités compétentes des deux Parties contractantes conviennent des mesures nécessaires par les dispositions du paragraphe 1 du présent article.

### *Article 24*

1. Les entreprises de l'Etat voisin et leur personnel peuvent exercer dans les bureaux de douane avancés toutes les activités relatives au contrôle frontalier qu'ils sont autorisés à exercer sur le territoire de l'Etat voisin. L'autorisation de ces activités est réglée par les règlements de l'Etat voisin.

2. Les entreprises et leur personnel visés au paragraphe 1 du présent article sont dispensés d'autorisation spéciale de travail ou de patente spéciale.

3. Les autorités compétentes des Parties contractantes peuvent définir les conditions administratives et techniques de fourniture des services par les entreprises sur le territoire de l'Etat territorial compte tenu des conditions locales dans

les arrangements relatifs à l'accomplissement des opérations de contrôle douanier de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie.

4. En accord avec les autorités compétentes de l'Etat voisin, les autorités compétentes de l'Etat territorial décident pour chaque poste-frontière, des cas et de la mesure dans lesquels des locaux ou des terrains sont mis, moyennant rémunération, à la disposition de ces entreprises pour y installer des bureaux ou y construire des locaux dans le cas de chaque poste de contrôle frontalier.

#### TITRE IV. FOURNITURE DE LOCAUX ET DE LOGEMENTS AUX SERVICES DE DOUANES

##### *Article 25*

1. Les autorités compétentes des Parties contractantes définissent d'un commun accord :

- a) Les locaux et les installations qui sont nécessaires aux bureaux de douane de l'Etat voisin;
- b) La part des coûts de construction, ou le cas échéant, du loyer qu'elles doivent acquitter ainsi que les remboursements au titre des coûts d'exploitation, par exemple les coûts d'éclairage, de chauffage et de nettoyage.

2. A la demande de l'Etat voisin, l'administration des chemins de fer de l'Etat territorial est tenue de mettre à la disposition des services douaniers du premier Etat des locaux et logements destinés aux agents et de leur fournir d'autres prestations, contre une rémunération qui devra être définie.

3. Les administrations des chemins de fer et les entreprises de navigation sont tenues de transporter gratuitement les agents chargés des opérations de contrôle douanier pendant le trajet et de mettre gratuitement à leur disposition les compartiments ou les cabines nécessaires.

#### TITRE V. DISPOSITIONS FINALES

##### *Article 26*

Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord seront réglés par les administrations compétentes des deux Parties contractantes. Si un tel différend ne peut pas être réglé de cette manière, il doit l'être autant que possible par les Parties contractantes elles-mêmes.

##### *Article 27*

Dans le cadre du présent Accord, les autorités compétentes des Parties contractantes peuvent convenir directement des mesures administratives nécessaires à son application.

##### *Article 28*

1. Le présent Accord est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Prague.

2. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois qui suivra celui au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

3. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être dénoncé à tout moment par écrit. La dénonciation prendra effet 12 mois après la date à laquelle elle aura été reçue par l'autre Partie contractante par la voie diplomatique.

FAIT à Furth im Wald, le 19 mai 1995, en deux exemplaires originaux, chacun en langue allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement  
de la République fédérale d'Allemagne :

THEO WAIGEL

HARTMUT HILLGENBERG

Pour le Gouvernement  
de la République tchèque :

JAN RUMI

---

